

Spenden sollen Besuch im Osten ermöglichen

Berlin (dpa). Durch eine Spendenaktion soll bedürftigen Westberliner Rentnern und Sozialhilfeempfängern zu Weihnachten trotz des auf 25 Mark erhöhten Zwangsumtausches ein Besuch bei Verwandten und Bekannten im Ostteil der Stadt oder in der DDR ermöglicht werden. Mit der Spendenaktion müssen rund 625 000 Mark aufgebracht werden, wie der Berliner Senatssprecher Meyn gestern in einem Rundfunk-Interview sagte. Nach seinen Angaben werden etwa 25 000 der insgesamt 120 000 Berliner, die wegen ihres geringen Einkommens eine Weihnachtshilfe erhalten, zu Besuchen in den Osten fahren wollen. Zu der Spendenaktion, die von den drei Berliner Parlamentsfraktionen angeregt worden war, sollen die Wohlfahrtsverbände aufrufen. Meyn unterstrich, Vertreter von CDU, SPD und FDP hätten nach längeren Beratungen mit dem Regierenden Bürgermeister Stobbe vereinbart, daß keinesfalls öffentliche Mittel zur Subventionierung des Zwangsumtausches herangezogen werden sollen. Auch müsse die Aktion auf die Festtage zum Jahreswechsel 1980/81 beschränkt bleiben.

Japan und VW prüfen Kooperations-Chancen

Wolfsburg/Tokio (ap). Die Volkswagenwerk AG und der japanische Automobilhersteller Nissan haben vereinbart, Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu untersuchen. Beide Konzerne widersprachen gestern übereinstimmend Meldungen der japanischen Zeitung „Mainichi Shimbun“, nach denen VW und der Hersteller von Datsun in Japan gemeinsam einen Wagen aus der Modellreihe des deutschen Konzerns produzieren wollen. Nissan-Präsident Takashi Ishihara bestritt auch, daß während des jüngsten Japan-Besuchs von VW-Chef Toni Schmücker über die Möglichkeiten einer gemeinsamen Produktionsstätte in den USA verhandelt worden sei. (Siehe auch Seite 4.)

Edward Gierek aller Ämter enthoben

Angeblich Drohung polnischer Offiziere / USA warnen Moskau

Warschau (ap/dpa). Mit wichtigen personellen Veränderungen ist in der Nacht zum Mittwoch in Warschau eine zweite Sitzung des Zentralkomitees der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei zu Ende gegangen. Der gestürzte ehemalige polnische Parteichef Edward Gierek wurde aller seiner verbliebenen Posten in Partei und Staat enthoben. Gleichzeitig wurden vier der bisherigen elf Mitglieder aus dem Politbüro ausgeschlossen. Aufgerückt sind der Vorsitzende der Obersten Kontrollkommission und Sicherheitsexperte Mieczyslaw Moczar und der ZK-Sekretär Tadeusz Grabski. Beide gelten als Verfechter von Ruhe und Ordnung und einer eher härteren Linie.

Dem ehemaligen Parteichef Edward Gierek, der zum Plenum eingeladen, aber nicht gekommen war, bescheinigte das Zentralkomitee, daß er in den vergangenen neun Jahren viele „richtige, von der Bevölkerung akzeptierte Beschlüsse“ gefaßt habe. Auf ihm lastete jedoch die persönliche Verantwortung für „Selbstherrlichkeit in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik“, für die Ignorierung wirtschaftlicher Gesetzmäßigkeiten und kritischer Stimmen. Sein schwerster Fehler sei es gewesen, daß er durch seinen den Grundsätzen der Partei widersprechenden Führungsstil „Intrigen und dem Ersatz einer wirklichen Demokratie durch eine bloß scheinbare“ Vorschub geleistet habe.

Auch der ehemalige Ministerpräsident Piotr Jaroszewicz verlor seinen Parlamentssitz. In seinem Fall entschied das ZK, die Frage einer weiteren Parteimitgliedschaft werde von der Kontrollkommission der Partei geprüft werden.

Hohe polnische Offiziere sollen damit gedroht haben, zu den Waffen zu greifen, falls DDR-Truppen in Polen einmarschieren. Sie würden dieses als eine Kriegshandlung betrachten. Die amerikanische Fernsehgesellschaft ABC berichtete in ihren Nachrichten vom Dienstagabend, eine Gruppe von 60 Ge-

Konjunkturwende noch nicht gesichert

Lambsdorff warnt jedoch vor Pessimismus / Bis Ende 1981 fehlen 20 Milliarden Steuereinnahmen

Bonn (ze). Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff sieht gute Chancen für eine verhältnismäßig frühe Konjunkturbelebung im Laufe des nächsten Jahres. Vor der Presse in Bonn betonte der Minister gestern, es bestehe kein Grund zum Pessimismus, aber auch kein Anlaß zu übertriebenen Hoffnungen. Darüber sei sich das Kabinett in einer wirtschaftspolitischen Aussprache mit Vertretern der Bundesbank und Abgeordneten der Regierungskoalition einig gewesen.

Lambsdorff betonte nach der Kabinettsitzung, es dürften keine neuen Preis- und Mengenprobleme bei der Ölversorgung auftreten. Die wirtschaftliche Rezession in den USA müsse bald zu Ende gehen. Der Welthandel dürfe nicht durch Restriktionen belastet werden. Die Investitionsneigung der Unternehmen sollte nicht erlahmen. Die Firmen müßten bereit sein, Arbeitskräfte durchzuhalten, auch wenn sie vorübergehend nicht benötigt würden. Gewerkschaften und Arbeitnehmer müßten sich schließlich zu einer gesamtwirtschaftlich vertretbaren Lohnpolitik durchringen. Die Aufrechterhaltung des sozialen Konsenses spiele dabei eine erhebliche Rolle.

Unter allen diesen Voraussetzungen sei es nicht nötig, neue staatliche Konjunkturprogramme aufzulegen. Sie würden nur die Zinsen nach oben treiben, die privaten Investitionen beeinträchtigen, die Inflation schüren und auf mittlere Sicht Arbeitsplätze gefährden.

Entsprechende Vorschläge einer „alternativen Wirtschaftspolitik“, wie sie am selben Tage in Bonn veröffentlicht wurden, seien nach Ansicht des Bundeskabinetts „Kontraproduktiv“. Auf die Frage, ob er ein deutsches Wort dafür wisse, antwortete der Minister: „Sie können auch Rohrkrepierer oder Schuß in den Ofen dazu sagen. Ich hoffe, das ist deutsch genug.“ Riesensummen für Investitionen seien abrufbereit, wenn es der Politik gelinge, die immer noch vorhandenen Investitionshemmnisse zu beseitigen und die richtigen Startsignale zu geben.

Die Geldpolitik der Notenbank sollte sich weiter am Produktionspotential orientieren. In der Finanzpolitik müsse ein Zuwachs der öffentlichen Ausgaben von ungefähr vier Prozent eingehalten werden.

Das Bundeskabinett erörterte erneut die schon bekannten Konjunkturdaten, wonach das reale Bruttoinlandsprodukt dieses Jahr nicht um 2,5, sondern nur um „rund“ zwei Prozent zunehmen wird, die Verbraucherpreise aber um 5,5 statt um 4,5 bis fünf Prozent steigen werden, wie es im letzten Jahreswirtschaftsbericht vorausgesagt worden war. Für das nächste Jahr wird ein Sozialproduktzuwachs von 0,5 Prozent erwartet. Gleichzeitig dürfte die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt von knapp 900 000 auf etwa 1,1 Millionen steigen. Der Preisauftrieb soll auf 4,5 Prozent zurückgehen.

Ein Sprecher des Bundesfinanzministeriums erklärte gestern in Bonn zu der Korrektur der Steuerschätzungen, daß bei den finanzpolitischen Koalitionsvereinbarungen zwischen SPD und FDP und bei der Aufstellung des nächstjährigen Bundesetats die Konjunkturschwäche schon genügend berücksichtigt worden sei. Die internen Steuerschätzungen des Ministeriums seien durch die neuesten Angaben des zuständigen Arbeitskreises nicht wesentlich verändert worden. Daher habe der Bund auch keine zusätzlichen finanzpolitischen Konsequenzen zu ziehen.

Beobachter in Bonn bezweifeln allerdings, daß es Finanzminister Matthöfer gelingen könnte, die Neuverschuldung des Bundes nächstes Jahr auf 26,75 Milliarden Mark zu begrenzen, wie es vor Beginn der Koalitionsverhandlungen von ihm geplant war. Schon jetzt scheint festzustehen, daß die Nettokreditaufnahme für das laufende Jahr um 1,5 Milliarden auf rund 26 Milliarden Mark aufgestockt werden muß.

Der finanzpolitische Sprecher der christlich-demokratischen Opposition im Bundestag, Dr. Hansjörg Häfele, bedauerte, daß bei abschüssiger Konjunkturfahrt Bund, Länder und Gemeinden ihren finanziellen Spielraum und ihre

politische Handlungsfähigkeit immer mehr verlieren. Wahrscheinlich müßten den bisher angekündigten Sanierungsmaßnahmen weitere folgen, wenn die Staatsverschuldung nicht ins Uferlose abgleiten solle. Jetzt zeige sich, wie schwer das Versäumnis der Bundesregierung wiege, mit dem Abbau der Überschuldung nicht rechtzeitig begonnen zu haben.

Die amtlichen Steuerschätzer sind davon ausgegangen, daß das nominale Bruttoinlandsprodukt einschließlich Preissteigerungen dieses Jahr nicht — wie noch im Mai angenommen — um 7,1, sondern nur um 6,8 und im nächsten Jahr nicht um 6,5, sondern nur um 4,6 Prozent zunehmen wird. Das hat zur Folge, daß die Steuereinnahmen des Bundes 1980 um 1,5 Milliarden, die der Länder um 1,25 Milliarden und die der Europäischen Gemeinschaft, soweit sie an den Bundessteuern beteiligt ist, um 770 Millionen Mark niedriger ausfallen werden. Bei den Gemeinden entstehen dagegen rechnerische Mehrein-

nahmen von 412 Millionen Mark. Für 1981 müssen die Steuerschätzungen beim Bund um 7,9 Milliarden, bei den Ländern um 7,5 Milliarden und bei den Gemeinden um 1,81 Milliarden Mark zurückgenommen werden.

Lambsdorff: Keine Konzertierte Aktion

Bonn (dpa). Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff hat das für Montag nächster Woche als Neuaufgabe der „Konzertierten Aktion“ vorgesehene Gespräch mit führenden Vertretern der Wirtschaftsverbände und der Gewerkschaften abgesagt. Dies gab ein Sprecher des Ministeriums gestern abend in Bonn bekannt. Zuvor hatte der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) vor dem Hintergrund anhaltender Auseinandersetzungen mit dem Minister unter anderem wegen der Sicherung der Montan-Mitbestimmung erklärt, er werde an dem Gespräch nicht teilnehmen.

Lambsdorff bedauerte diese Entscheidung. Eine Erörterung der bei dem Treffen vorgesehenen wirtschaftlichen Strukturfragen würde ohne Beteiligung des DGB nicht zu ausreichenden Ergebnissen führen, sagte er. Die Absage des Termins habe er den übrigen Verbänden mitgeteilt. Zu einem späteren Zeitpunkt wolle er die an der „Konzertierten Aktion“ Beteiligten zu einzelnen Gesprächen einladen, betonte der Wirtschaftsminister.

Bonn macht Geld für Airbus locker

Koschnick: 1983 über Neubesetzung von Ämtern nachdenken

Bonn (ze). Die Bundesregierung ist bereit, das Airbus-Programm kontinuierlich weiterzuführen und auch in Zukunft staatliche Kreditbürgschaften dafür bereitzustellen. Eine Entwicklungskostenhilfe von gut 200 Millionen Mark für den neuen Airbus „A-310“, die wegen der schleppenden Fusionsverhandlungen zwischen den Vereinigten Flugtechnischen Werken (VFW) und Messerschmitt-Bölkow-Blom (MBB) vorübergehend zurückgestellt worden war, soll jetzt freigegeben werden.

Das Bundeskabinett will noch im Dezember eine entsprechende Entscheidung treffen, sobald die beiden Firmen in den nächsten Tagen die schriftliche Vereinbarung über ihren Zusammenschluß vorgelegt haben. Das wurde nach einer Aussprache zwischen Bundeswirt-

schaftsminister Graf Lambsdorff, dem bayerischen Finanzminister Max Streibl, dem Bremer Senator für Wirtschaft und Arbeit, Karl Willms, und Vertretern der Geschäftsführungen von MBB und VFW in Bonn mitgeteilt. (Siehe Seite 4.)

Bremen (gru). Die Bremer SPD wird sich nach Ansicht von Bürgermeister Koschnick zum Ende der Legislaturperiode im Jahre 1983 Gedanken darüber machen müssen, ob es notwendig ist, neue politische Positionen mit neuen Männern und Frauen zu besetzen. In diese Überlegungen sei die Person des Regierungschefs selbstverständlich mit einzubeziehen.

Partei wie der SPD dürfe nicht um der reinen Macht willen an Personen hängenbleiben. Koschnick, der sich nach eigenen Worten einer so intensiven Unterstützung durch Landes- und Fraktionsvorstand erfreut „wie in den vergangenen zehn Jahren nicht“, sieht gegenwärtig trotz der wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten des kleinsten Bundeslandes keine Veranlassung, das Handtuch zu werfen. (Siehe Seite 11.)

Beamte wollen mehr als Postler

SPD-Experte fordert Gehaltsstopp bei Kabinettsmitgliedern

Bonn (ap). Die Kabinettsmitglieder in Bonn und in den Bundesländern sollten bei der nächsten Besoldungsrunde nicht an der Gehaltserhöhung teilnehmen, höher verdienende Beamte zeitweise auf Besoldungsanhebungen verzichten. Diesen Vorschlag unterbreitete gestern der Steuerexperte der SPD-Bundestagsfraktion, Dieter Spöri.

Unterdessen haben die Beamten in einem „Informationsgespräch“ im Bundesinnenministerium Forderungen in der Frage des Ausgleichs für Nacht- und Schichtdienstleistungen angestellt, die über das bei der Bundespost für Angestellte und Arbeiter erzielte Resultat

hinausgehen. Der Deutsche Beamtenbund verlangt einen Stufenplan, der im Ergebnis die Anrechnung der Nachtdienste sowie an Sonn- und Feiertagen mit 150 Prozent, mindestens aber mit sechs zusätzlichen Urlaubstagen bringen würde.

Bundesinnenminister Baum dagegen hatte bereits deutlich gemacht, daß er das Ergebnis der Post auf den gesamten öffentlichen Dienst übertragen wissen will: Vier Freischichten ab 1981 sowie ab 1982 einen weiteren freien Tag für über 55jährige. Im Gegensatz zum Beamtenbund fordert der DGB die Postvereinbarungen auch für Beamte.

Düsseldorf (wü). NRW-Sozialminister Farthmann will seinen Vorschlag für einen Lohnstopp im öffentlichen Dienst bei Gewährung lediglich eines Sockelbetrages von 80 Mark pro Monat in die Bonner Besoldungsgespräche einbringen. Farthmann wird von NRW-Ministerpräsident Rau und der SPD-Landtagsfraktion gestützt. Unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten dürfe nicht bei den Investitionen, sondern müsse bei den Personalkosten gespart werden, betonte er gestern in Düsseldorf.

200-Milliarden-Spritze empfohlen

Gegengutachten veröffentlicht / Aktive Lohnpolitik gefordert

Bonn (kl). Um die Konjunktur anzukurbeln und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, soll der Staat ein riesiges Ausgabenprogramm von nicht weniger als 200 Milliarden Mark beschließen. Dies hat die politisch links orientierte Arbeitsgruppe „Alternativen der Wirtschaftspolitik“ unter Führung des Bremer Professors Rudolf Hickel gestern in einem Gegengutachten zum Jahresgutachten des volkswirtschaftlichen Sachverständigenrates empfohlen.

Danach soll sich das Konjunkturprogramm in ein Sofortprogramm von 20 Milliarden Mark und ein Zukunftsprogramm für die achtziger Jahre in Höhe von 180 Milliarden Mark gliedern. Im wesentlichen müßten die Programme durch Kreditaufnahme mit Hilfe der Bundesbank finanziert werden. Ziel der Programme sei insbesondere die Verhinderung einer weiteren Verschärfung der Arbeitslosigkeit.

Dies hiermit verbundene Inflationsgefahr soll durch preispolitische Auflagen, die mit den Staatsaufträgen zu verbinden wären, wenigstens zum Teil aufgefangen werden. Im übrigen seien die Programme durch eine aktive Lohnpolitik und durch eine beschleunigte Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich zu ergänzen.

Die „Konjunkturspritzen“ hätten sich nach Ansicht der Wirtschaftswissenschaftler auf viele Gebiete zu erstrecken, wie z. B. Müllentsorgung, Bau von Jugendzentren, Ausbau der Verkehrssysteme und Entwicklung alternativer Energietechniken.

Zu den Verfassern des „Memorandums“ zur aktuellen Wirtschaftslage sowie zu Alternativen der Wirtschaftspolitik“ gehören außer Hickel die Professoren Jörg Hußfeldt (Umi Bremen), Herbert Schui (Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg), Axel Zerdzick (FU Berlin), Karl-Georg Zinn (TH Aachen).

Die Autoren greifen die Bundesregierung scharf an. Sie werfen ihr vor, künftig eine Wirtschafts- und Sozialpolitik betreiben zu wollen, die vor der Bundestagswahl von ihr als Programm der CDU/CSU erbitert bekämpft worden sei. Nicht zuletzt dem habe die Koalition ihren Wahlsieg zu danken.

Weiter heißt es, die Sparbeschlüsse der Koalition gingen vornehmlich zu Lasten der sozialen und materiellen Infrastruktur. Die Pri-

Fortsetzung auf Seite 2

Mordanschlag auf britischen EG-Kommissar

Brüssel (dpa). Auf den britischen EG-Kommissar Christopher Tugendhat ist gestern in Brüssel ein Attentat verübt worden, bei dem der konservative Politiker jedoch unverletzt blieb. Von einem Auto aus wurden zwei Schüsse auf den für Haushaltsfragen zuständigen Kommissar der Europäischen Gemeinschaft abgegeben, als dieser gerade sein Haus verließ. Über das Motiv des Anschlags wurde nichts bekannt. In Belgien sind in den vergangenen Jahren bereits öfters Anschläge auf britische Persönlichkeiten und Gebäude unternommen worden, hinter denen die irische Untergrundorganisation IRA vermutet wurde.

SPD appelliert an Kultusminister

Bildungspolitiker fordern Ende des Streits um Schulabschlüsse

Bonn/Freiburg (dpa). SPD-Bildungspolitiker haben an die Kultusminister der Länder (KMK) appelliert, auf ihrer Plenarsitzung, die heute in Freiburg beginnt, den Streit um die Anerkennung der Schulabschlüsse zu beenden und sich damit auch in der Gesamtschulfrage zu verständigen. Die nach wie vor heftig diskutierte Frage der gegenseitigen Anerkennung der Schulabschlüsse zwischen den Ländern steht zwar nicht auf der offiziellen Tagesordnung der KMK-Sitzung, soll jedoch auf einer „geschlossenen Ministerstimmung“ behandelt werden.

Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Bildungspolitik beim SPD-Vorstand (AFB), der Berliner Kultusenator Dieter Sauberzweig, verwies darauf, daß die Gesamtschulen angesichts der Auseinandersetzungen um die Anerkennung ihrer Abschlüsse „unter Druck“ stünden und die Eltern beunruhigt seien.

Eine Vereinbarung der Kultusminister über die Vergleichbarkeit der Abschlüsse sei auch deshalb dringend erforderlich, um in der Ge-

samtschule wieder ein „normales Arbeiten und Lernen“ zu ermöglichen. Dabei müsse hier wie auch in anderen Streitfragen der Bildungspolitik gelten, daß unterschiedliche Bildungswege und Schulmodelle toleriert werden. Sonst wären die Grundlagen des auf Toleranz und Vielfalt aufbauenden förderativen Systems in Frage gestellt.

Die SPD-Bildungspolitiker bekräftigten ihr unvermindertes Engagement zur Sicherung und zum weiteren Ausbau der Gesamtschulen, die vom Ballast politischer und ideologischer Auseinandersetzung endlich befreit und aus dem Stadium der Versuchsschule herausgeführt werden müßten. Als weitere wichtige Zielsetzung nannte die AFB die Sicherung einer qualifizierten Berufsausbildung und die verbesserte Ausbildung junger Ausländer, die zusätzliche Mittel erfordere. Sauberzweig wandte sich daher dagegen, auch im Bildungsbereich den Rotstift anzusetzen, und forderte die baldige Verabschiedung des neuen Bildungsgesamtplans.

Heute finden Sie

Politik	Seite 1-3
Wirtschaft	Seite 4-5
Bremisches	Seite 9-14
Land Niedersachsen	Seite 19
Auswärtige Ereignisse	Seite 7-8
Feuilleton	Seite 21
Sport	Seite 29-31
Wettermeldungen	Seite 16
Fernsehen	Seite 16
Hinweise und Termine	Seite 16
Zeitvertreib	Seite 32
Roman	Seite 32
Familienanzeigen	Seite 24-25
Immobilienmarkt	Seite 22-23

... und vieles andere auf den
Insgesamt 40 Seiten dieser Ausgabe